



Interviews

Datum: 25. November 2022

Johann Wadephul im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Am Telefon ist der CDU-Verteidigungspolitiker Johann Wadephul. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Union im Bundestag. – Guten Morgen, Herr Wadephul.

Johann Wadephul: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Schritt für Schritt raus aus Mali – ist das die richtige Entscheidung?

Wadephul: Nein, das ist ein fauler Kompromiss, im Übrigen auch zur Unzeit. Das Mandat endet im Mai und das hätte man in aller Ruhe noch abwarten können, die weitere Lage. Aber wir werden nicht in der Lage sein, wenn der Abzug im Mai beginnt, im Februar '24 noch Wahlen, wenn sie denn überhaupt stattfinden, beschützen zu können. Um mit dem Bundeskanzler zu sprechen: Wer das glaubt, der glaubt auch an sprechende weiße Kaninchen. Die Bundeswehr wird im Februar '24 weitgehend weg sein und noch weniger Schutz für die Zivilbevölkerung gewährleisten können als jetzt. Das ist ein Kompromiss zwischen beiden Häusern und er erinnert fatal an den Kompromiss, den der Bundeskanzler durchgesetzt hat, zum Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

Barenberg: Ich möchte herausfinden, warum Sie sagen, das ist ein fauler Kompromiss. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, die Soldaten sollten länger bleiben?

Wadephul: Man sollte sich für eine klare Strategie entscheiden. Entweder bleiben sie länger und wir nehmen das ernst, was die Außenministerin sagt, dass wir eine internationale Verantwortung haben, dass wir zeigen wollen, dass wir auch in UN-Missionen in der Lage sind, in schwierigen Situationen zu führen und zu bleiben, auch wenn andere gehen. Dann sollte man bleiben. Dann muss man aber auch die Bedingungen dafür schaffen, dass man bleiben kann, beispielsweise dafür sorgen, dass Hubschrauber da sind, die die Soldaten beschützen oder evakuieren können. Oder man sagt, wir können das alles nicht mehr gewährleisten, die Lage ist prekär vor Ort – das sagt ja die Verteidigungsministerin auch – und dann wäre ein Abzug im kommenden Mai sinnvoll gewesen. Was sollen Soldatinnen und Soldaten noch die nächsten anderthalb Jahre in Mali machen, wenn sie den Auftrag gar nicht erfüllen können, wie eine etwas hilflose Verteidigungsministerin gerade sagte.

Barenberg: Wenn Sie sagen, Sie fordern eine klare Entscheidung, entweder länger bleiben, oder zügig abziehen – für welche Entscheidung sind Sie denn?

Wadephul: Ich wäre dafür gewesen, dass man länger bleibt. Ich glaube, das ist eine Region, die für die europäische Sicherheit von zentraler Bedeutung ist. Wenn wir jetzt dort abziehen, ist das ein Signal an Russland, dass es selbst in einer Lage, wo es in der Ukraine, militärisch betrachtet, in einer schwierigen Lage sich befindet, mit ganz wenigen Söldnertruppen uns in einer Art und Weise verunsichern kann, dass wir uns dort zurückziehen. Es ist ein schwieriges Signal an die Nachbarstaaten, die hoffen, dass der Westen hilft gegen islamistische Terroristen, und das wird zur weiteren Destabilisierung der Region beitragen. Wir sitzen dann wieder hier in Deutschland und beklagen, dass Flüchtlingsströme über das Mittelmeer nach Norden ziehen, nach Europa, auch nach Deutschland. Wir versuchen, sie dann wieder zu retten. Aber wir tun nichts effektiv gegen Fluchtursachen in der Sahelzone.

Barenberg: Herr Wadephul, die Militärregierung – das ist klar geworden – macht es im Moment unmöglich (das sagt ja auch die Wehrbeauftragte), diesen Auftrag, den die Bundeswehr dort hat, überhaupt auszuführen, ihn umzusetzen. Sie sind mit Eigensicherung beschäftigt und mit nichts anderem. Wie würden Sie das ändern wollen?

Wadephul: Das kann man nicht ad hoc ändern, das weiß ich. Sie macht es aber auch nicht unmöglich. Ich weiß nicht, ob man regelmäßig mit der Militärregierung spricht. Ich hätte von der Verteidigungsministerin erwartet, dass sie sich viel engagierter darum kümmert, die Voraussetzungen zu gewährleisten, dass der Auftrag für die Soldatinnen und Soldaten Sinn macht. Wann war sie regelmäßig in Mali? Wann hat sie in der Region Gespräche geführt mit der Westafrikanischen Region, mit Nachbarstaaten, mit der malischen Regierung, die natürlich nicht demokratisch legitimiert ist? Aber wenn wir nur mit Regierungen sprechen, die einen ähnlichen Standard haben wie wir, dann werden wir international nicht handlungsfähig sein.

Es hat viel zu wenig Engagement gegeben. Es hat auch zu wenig klares deutsches Bekenntnis gegeben, denn wenn andere abziehen, dann muss Deutschland gerade in der Lage sein zu zeigen, dieser Einsatz ist richtig, er ist notwendig. Es hilft nichts, hier in Berlin Reden über eine deutsche Führungsrolle zu halten, aber dann, wenn es schwierig ist, in so einem Land wie Mali nicht tatsächlich Führung zu übernehmen.

Barenberg: Was für die USA in Afghanistan galt, gilt für Frankreich in Mali und in der Region dort. Wenn ein so starker, wichtiger, zentraler Partner abzieht, dann kann die Bundeswehr – das hat die Vergangenheit gezeigt – das nicht alleine stemmen. Sie sind anderer Ansicht?

Wadepuhl: Ich bin anderer Ansicht. Es ist bedauerlich die Entwicklung, die es mit Frankreich genommen hat. Dazu hat Frankreich sicherlich auch eigene Beiträge geleistet, aber natürlich ist auch das Verhältnis zu Frankreich in dieser Region wegen der kolonialen Vergangenheit belastet. Unseres nicht! Das wäre unsere Chance gewesen, dort eine Rolle zu spielen und dort andere europäische, aber auch Nachbarstaaten zu gewinnen, die mit uns gemeinsam diesen Einsatz hätten fortführen können. Da hat es zu wenig Engagement aus Berlin gegeben.

Barenberg: Frankreich hat sich insbesondere im tatsächlichen Anti-Terror-Kampf engagiert und mit dem Abzug eine große Lücke in dieser Hinsicht hinterlassen. Ich verstehe Sie richtig, Sie wären bereit, mehr deutsche Soldatinnen und Soldaten dort hinzusenden, auch mit diesem Kampfauftrag im Kampf gegen den Terror?

Wadepuhl: Das machen wir mittelbar, indem wir Soldaten, Spezialkräfte in Niger schon ausbilden. Ich glaube, das muss jetzt ausgeweitet werden. Das bedeutet nicht unmittelbar einen eigenen Kampfeinsatz deutscher Soldaten, aber das bedeutet die Ertüchtigung der Staaten, die bereit sind, etwas für die Stabilisierung zu machen, und die den Kampf führen wollen gegen islamistischen Terror: Wir dürfen diese Region schon aus humanitärer Verantwortung, aber auch unter Berücksichtigung unserer Sicherheitsinteressen nicht Islamisten und russischen Söldnertruppen überlassen.

Barenberg: Deshalb plant die Bundesregierung ja auch, wie die Außenministerin betont hat, die Unterstützung in der Region auszuweiten, vor allem mit einer Zusammenarbeit mit Niger, dem Nachbarstaat. Sind Sie da mit an Bord?

Wadepuhl: Da sind wir definitiv mit an Bord. Das muss geschehen. Man muss nur jetzt die Auswirkungen dieses Abzuges abwarten. Man muss befürchten, dass der gesamte MINUSMA-Einsatz implodiert, wenn Deutschland sich zurückzieht. Es ist völlig offen, wer unsere Rolle übernimmt. Wir haben ja über tausend Soldaten dort. Insofern ist das ein problematisches Signal. Deswegen habe ich gesagt, eine Entscheidung zur Unzeit. Ich hätte erwartet, dass das Hand in Hand geht, dass man möglicherweise sagt, wir ziehen uns irgendwann aus MINUSMA zurück, aber gleichzeitig erhöhen wir unser Engagement in Niger. Das ist jetzt nicht erfolgt.

Barenberg: Genau das ist erfolgt.

Wadephul: Das ist eine Ankündigung, Herr Barenberg, die die Außenministerin gemacht hat und nicht die Bundesregierung. Aus der Abzugsentscheidung wissen wir, dass die Meinung des Außenministeriums und von Frau Baerbock die eine Seite ist, und die andere Seite ist dann wieder, was Frau Lambrecht bereit ist mitzumachen, und dann kommt am Ende wieder so ein fauler Kompromiss heraus, den der Bundeskanzler schmiedet. Ich warte mal ab, was am Ende tatsächlich geschieht. Wenn das geschähe und wir mehr in Niger machen, dann wird die CDU/CSU-Fraktion grundsätzlich bereit sein, das zu unterstützen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt erkennen wir noch keine wirkliche Sahel-Strategie der Bundesregierung, und die ist dringend nötig.

Barenberg: Das heißt auch zum Schluss, Herr Wadephul, das aktuelle Mandat läuft am 31. Mai im nächsten Jahr aus. Eine Verlängerung wäre nötig für diesen, aus Sicht der Bundesregierung geordneten Abzug. Wird die Union zustimmen?

Wadephul: Wir werden uns ganz genau den Antrag der Bundesregierung anschauen. Das muss ich mit meiner Fraktion besprechen, was wir dazu im Ergebnis sagen. Aber wenn die Bundesregierung am Ende den Einsatz beenden will, dann ist das ihre Entscheidung. Das Parlament genehmigt ja nur Einsätze. Wir gucken uns ganz genau an, was in dem kommenden Jahr noch geschehen soll.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.